

Der Konflikt um die Ukraine: Was wir von Egon Bahr lernen können

Ulrich Kühn

Am 15. Juli 1963 hielt Egon Bahr in der Evangelischen Akademie Tutzing seine längst als historisch gewertete Rede vom *Wandel durch Annäherung*. Am 19. August 2015 verstarb der Vordenker der *Neuen Ostpolitik* in Berlin. Auch heute, fast 53 Jahre später, haben die großen Themen seiner Rede – Frieden, Freiheit, Realismus, kritische Zusammenarbeit mit Russland, außenpolitische Stärken und Schwächen, und die Rolle der Wirtschaft – nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Dieser Umstand bestätigt zunächst die Zeitlosigkeit seiner Analyse. Sie ist andererseits aber auch beredtes Ergebnis der Unfähigkeit seiner außenpolitischen Enkel diesseits und jenseits des Atlantiks, seine politischen Leitlinien ins 21. Jahrhundert hinüber zu retten.

Ein oftmals fälschlich Mark Twain zugeschriebenes Zitat lautet: „*die Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich*“. Die heutige Ukraine ist nicht das damalige ostdeutsche Glacis der Sowjetunion. Wladimir Putin ist so wenig Nikita Chruschtschow, wie Barack Obama ein Wiedergänger Kennedys ist. Deutschland – heute wiedervereinigt – ist nicht von etlichen Divisionen des Warschauer Pakts bedroht. Und vor allem, das Ende des Kalten Kriegs brachte auch ein Ende des historisch seltenen Zustands eines fast perfekten Mächtegleichgewichts.

Stattdessen tobt in Europa heute ein Krieg, wenn auch, inzwischen, unterhalb der Schwelle des offenen Kampfes. Zwischen dem 16. August und dem 15. November 2015 starben bei den Kämpfen in der Ostukraine 47 Zivilisten; 131 wurden teils schwer verwundet. Damit steigt die Zahl, der im Krieg getöteten Menschen auf über 9.000. Hinzu kommen über 20.000 Verletzte und mehrere hunderttausende Flüchtige und Vertriebene. Während Deutschland 2015 eine Million Flüchtlinge, hauptsächlich syrische und irakische Bürgerkriegsflüchtlinge, aufgenommen hat, flüchteten über 300.000 Ukrainer vor dem Krieg im eigenen Land nach Polen – eine Zahl, die nur selten in den deutschen Medien thematisiert wird.

Gleichzeitig droht Russland dem Westen mit seinem Nuklearwaffenpotential, die NATO verstärkt ihre Truppen im Baltikum und wappnet sich gegen die Bedrohungen hybrider Kriegsführung, groß angelegte russische Manöver verstören unsere östlichen Bündnispartner, die Türkei und Russland sind auf Konfrontationskurs und erste amerikanische Analysten fordern die Verlegung taktischer Nuklearwaffen nach Polen und ins Baltikum. Ohne Zweifel ist der Friede in Europa nicht nur bedroht, vielmehr ist das Gespenst des Krieges bereits

zurückgekehrt. Vor dieser traurigen Tatsache gilt es nun zu fragen: was können wir heute aus Egon Bahrs Analyse mit Blick auf die Ukraine und Russland lernen?

Ein Plädoyer für mehr Realismus

Da wäre zunächst die Einsicht, dass die Fähigkeit, eine Situation zu ändern sowohl vom eigenen Interesse als auch den zur Verfügung stehenden Mitteln abhängt. Diese nur scheinbar banale Erkenntnis war der Kern der Bahr'schen Analyse. Sie war der Anknüpfungspunkt für zukünftige Ziele und Hoffnungen. Oder anders ausgedrückt: nur wer fest in der realistischen Analyse des Ist-Zustands verwurzelt ist, kann sich ernsthafte Gedanken über die Zukunft machen. Dieser realistische Kompass ist nach dem Ende des Kalten Kriegs vor allem unseren amerikanischen Freunden, zeitweise, abhanden gekommen. Die Idee, dass sich freiheitlich-demokratische Werte fast zwangsläufig progressiv entwickeln und dabei andere nationale Interessen, wie beispielsweise Machtperzeptionen, dauerhaft in den Hintergrund drängen, hat sich als falsch erwiesen. Vielmehr zeigt sich, dass politische Veränderungen diskontinuierlich verlaufen und Regression jederzeit möglich und auch sehr wahrscheinlich ist.

Wer heute realistisch, im Sinne Egon Bahrs, auf die Ukraine und den weiteren Konflikt Russlands mit dem Westen blickt, kommt zu einer Reihe teils schmerzhafter Einsichten.

1. Wer Frieden für die Ukraine will, muss mit Wladimir Putin reden. Ob man will oder nicht, der Schlüssel zur Lösung des Problems liegt im Kreml. Es ist deshalb falsch, bei jeder auftretenden Krise die Kommunikation zwischen der NATO und Russland zu kappen oder Moskau aus der G8 zu werfen.
2. Es war richtig, die Ukraine nicht in die NATO aufzunehmen. Nicht nur war die Ukraine für diesen Schritt noch nicht bereit, vielmehr gab und gibt es im westlichen Lager kein ausreichendes und ungeteiltes Interesse, die Ukraine im Zweifelsfall gegen Russland zu verteidigen.
3. Die fortschreitende Osterweiterung der NATO ohne eine Absicherung gegenüber Russland – jüngstes Beispiel Montenegro – ist ein Fehler. Sie ist es zumindest momentan und in der gewählten Form. Wer immer für die ungebremste Erweiterung votiert, muss sich über eines im Klaren sein: Wo immer Russland im post-sowjetischen Raum den Arm der NATO spürt, wird es zündeln. Die Bürde dieses Ringens um Einfluss tragen dann die Menschen in Südossetien und Abchasien und, seit nunmehr fast einem Jahr, in der Ostukraine.

4. Die NATO ist primär ein Verteidigungsbündnis und erst nachgeordnet ein Wertebündnis. Wer hofft, dass die Aussicht auf einen NATO-Beitritt quasi als ‚magisches‘ Transformationsinstrument fungiert und sich dadurch auch langfristig strukturelle demokratische und rechtstaatliche Strukturen entwickeln, überschätzt den normativen Gehalt gemeinsamer Verteidigung. Die rechtsstaatlichen Rückschritte in der Türkei, in Ungarn und jüngst auch in Polen sind beredtes Beispiel.

5. Wer Europas Frieden wahren will, benötigt die richtige Balance aus Abschreckung und Kooperation. Es ist deshalb richtig, die östlichen Bündnispartner militärisch rückzuversichern. Ein Szenario wie auf der Krim darf sich keinesfalls, bspw. in einem der baltischen Länder, wiederholen. Gerade weil Westdeutschland im Kalten Krieg von den amerikanischen Truppen profitierte, muss es sich auch heute militärisch bei der Unterstützung der Bündnispartner engagieren. Dies ist keine Frage von Schuld sondern von Verantwortung. Verantwortung heißt aber auch, für ausreichende Instrumente zur gemeinsamen Einhegung militärischer Risiken zu sorgen. Europas Friede ist auch deshalb bedroht, weil uns die Ordnungsmechanismen im Bereich kooperativer Sicherheit abhanden gekommen sind. Besonders die Rüstungskontrolle steht heute schwächer da, als noch zur Endphase des Kalten Kriegs.

6. Realistische Politik braucht Geduld und Maß. Die zehnjährige Sisyphusarbeit der verschiedenen Delegationen bei der Aushandlung des iranischen Nuklearabkommens ist ein schönes Beispiel für den Lohn akribischer Diplomatie. Die deutsche Wiedervereinigung ließ 40 Jahre auf sich warten; die Unabhängigkeit der besetzten baltischen Staaten gar über 50 Jahre. Auch die vollständige Umsetzung der beiden *Minsker Abkommen* wird sehr viel Zeit und Geduld benötigen. Mit Blick auf die Wirtschaftsanktionen gegen Moskau muss die Frage erlaubt sein, ob diese vor dem Hintergrund des stetig fallenden Ölpreises noch maßvoll sind. Das Szenario eines wirtschaftlich zerfallenden Russlands, wie zuletzt 1998, darf kein Ziel verantwortungsvoller europäischer und deutscher Politik sein.

7. Auch heute bedarf es des Sich-selbst-bewusst-seins der eigenen Stärke. Wie vor über 50 Jahren gilt, dass keine Mehrheit in Deutschland freiwillig die freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen ein russisches Modell aus Kleptokratie und *gelenkter Demokratie* eintauschen will. Seien wir uns dieses Umstands, dieser Stärke, jederzeit bewusst wenn wir mit Russland reden; und verteidigen wir sie auch gegen unsere eigenen Zweifel. Verwechseln wir sie nicht mit Selbstherrlichkeit und Arroganz.

8. Und schließlich, die globale Dominanz des Westens, der sich bis vor kurzem (oder immer noch) als über- oder allmächtig versteht, erschwert es, an Egon Bahrs Strategie anzuknüpfen. Mit dem *unipolaren Moment* Amerikas schwand auch die nötige Zurückhaltung und Vorsicht im Umgang mit anderen politischen Systemen. Die Ergebnisse dieser Politik haben vor allem zu einer Schwächung multilateraler Institutionen geführt und die Mechanismen globalen Regierens nachhaltig zurückgeworfen. Die Entwertung vormals einvernehmlich geglaubter Prinzipien und Normen im zwischenstaatlichen Umgang durch Russland sind auch ein Resultat des westlichen Unvermögens, machtpolitische Zurückhaltung zu üben. Es wird sehr schwer, wenn nicht gar unmöglich, zum Status quo ante zurückzukehren.

Somit zeigt sich einerseits, dass die Konzepte Egon Bahrs zum Umgang und der letztendlich friedlichen Überwindung des Ost-West-Konflikts auch heute noch als sinnvolle Handlungsanweisung mit Blick auf die Ukraine und Russland gelten können. Andererseits ergibt sich die Frage, was Deutschland und die westliche Staatengemeinschaft angesichts des globalen Wandels tun können, um sie erneut in konkrete und erfolgversprechende Politik umzusetzen?

Aus den Fehlern lernen

Zunächst gilt es, aus den Fehlern der jüngeren Vergangenheit zu lernen. Dies betrifft vor allem die Unfähigkeit zu kommunizieren. Als die türkische Luftwaffe 2015 einen russischen Kampffjet abschoß, informierte die Türkei zunächst Brüssel, bevor sie dann mit der russische Seite sprach. Eine mögliche Dringlichkeitssitzung des NATO-Russland-Rats konnte nicht einberufen werden, da die NATO den Dialog nach der völkerrechtlichen Annexion der Krim suspendiert hatte. Als 2012 wiederum ein türkisches Kampfflugzeug über Syrien abgeschossen wurde, bezeichnete der damalige NATO-Generalsekretär dies als ein „weiteres Beispiel für die Missachtung internationaler Normen durch die syrischen Autoritäten“. Eine auch nur vergleichsweise Kritik des Vorgehens Ankaras im Falle des russischen Flugzeugs kam seinem Nachfolger im Amt nicht über die Lippen.

Diese Beispiele zeigen, dass es zunächst generell an Kommunikationskanälen, und ganz speziell im militärischen Bereich, mangelt. Als quasi-Ersatz werden Verlautbarungen via die Medien verbreitet und somit lediglich das eigene Weltbild ventiliert. Besonders Russland hat sich auf diesem Gebiet inzwischen zu einem internationalen ‚Musterschüler‘ staatlich

gelenkter Informationspolitik gemauert. Dabei wären durchaus Mechanismen wie die beiden amerikanisch-russischen Abkommen zur Verhinderung gefährlicher militärischer Aktivitäten und Zwischenfälle zur Hand. Man könnte diese beispielsweise im Rahmen der NATO multilateralisieren und so dazu beitragen, dass sich ähnliche Vorfälle wie in der Türkei nicht wiederholen.

Dazu müsste man jedoch zunächst miteinander sprechen oder zumindest ein beidseitiges Interesse am Dialog haben. Nur wer miteinander spricht, kann der anderen Seite auch sagen, in welchem Ausmaß und warum man im Widerspruch steht. Die jüngsten Vorstöße Deutschlands für eine Wiederaufnahme der Kommunikation zwischen der NATO und Russland gehen bereits in die richtige Richtung. Ein *back to business* wird es aber nicht geben. Dafür war der russische Überfall auf den Nachbarn Ukraine doch zu einschneidend.

Vielmehr bedarf es längerfristig eines grundsätzlichen Dialogs über die Prinzipien europäischer Sicherheit. Ein solcher Dialog darf vor allem die strukturellen Ursachen des Konflikts nicht ignorieren. Diese lassen sich unter zwei Schlagworten zusammenfassen: Ignoranz und Fehlwahrnehmung.

Zunächst zur Ignoranz. Washington und Brüssel ignorierten über Jahre die Machtinteressen Russlands. Dabei geht es zunächst weniger um die Frage, ob Russlands Machtinteressen legitim sind oder nicht, als vielmehr darum, dass Russland Machtinteressen hat und über die Mittel verfügt, diese auch durchzusetzen. Eine Anerkennung dieser Tatsache heißt noch lange nicht, dass man sich diese Interessen zu eigen macht oder sie legitimiert.

Hier scheiden sich die Geister in der Debatte zwischen den so genannten *Russlandverstehern* und den Kritikern des Kremls. Abseits der semantischen Bedeutung geht es in Wirklichkeit darum, dass das *Verstehen* des Gegenübers kein entschuldigendes oder relativierendes *Verständnis* seiner Lage erfordert. Wer Russlands Machtinteressen versteht, versteht auch, dass die gestaffelte Erweiterung der NATO mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Konflikt führen würde. Dies heißt nicht, dass man folgerichtig zu dem Schluss kommen musste, diese ein für allemal zu beenden. Es heißt aber, dass im Sinne realistischer Politik Vorkehrungen getroffen werden mussten, um einen Konflikt mit Russland zu verhindern.

Diesen Zusammenhang hatte zumindest die Administration unter Bill Clinton noch verstanden und die NATO-Osterweiterung Ende der 1990er Jahre mit kooperativen Maßnahmen, wie der Zeichnung der *NATO-Russland-Grundakte*, versehen. Dass heute Politiker, wie jüngst der polnische Präsident Duda, indirekt die Aufkündigung der Grundakte

fordern, zeigt einerseits wie groß die Angst bei unseren östlichen Bündnispartnern ist. Sie zeigt andererseits aber auch, wie nötig heute wieder realistische und verantwortungsbewusste Sicherheitspolitik ist – eine Sicherheitspolitik, welche die Möglichkeiten der präventiven Konfliktvermeidung stets mitdenken sollte.

Ein zweiter damit eng verknüpfter Fehler liegt in der westlichen Fehlwahrnehmung der Kreml-Interessen. Zwar wurden von Moskau immer wieder militärische Sicherheitsbedenken im Hinblick auf die NATO verbreitet. In Wirklichkeit ging es jedoch vernehmlich um die Sicherheit der korrupten Clique um Wladimir Putin. Die ärgste Bedrohung Putins ist nicht der NATO-Raketenabwehrschild oder die nächste Generation amerikanischer Kampfbomber. Die ärgste Bedrohung Putins ist eine prosperierende und selbstbewusste russische Mittelschicht. Die zweitgrößte Bedrohung ist eine prosperierende Ukraine und eine russische Bevölkerung, die sehnsuchtsvoll nach Kiew blickt.

Diese Fehlwahrnehmung und die Unterschätzung der Ruchlosigkeit der Kremlherrscher im Umgang mit dem *nahen Ausland* und der eigenen Bevölkerung haben ebenfalls zur heutigen Lage beigetragen. Mit der Ausdehnung der NATO und dem Vordringen in den Einflussbereich Russlands gibt der Westen dem Kreml die perfekte Propagandavorlage zur Mobilisierung nationalistischer Kreise und zur Aktivierung historisch bedingter Großgruppenregression. Statt eines dringend benötigten Diskurses über die russische innenpolitische Schwäche, sehen wir heute eine propagandistisch verbreitete Kampagne über Russlands angebliche außenpolitische Stärke. Statt der nächsten Generation renommierter russischer Forscher, hören wir von der nächsten Generation russischer Interkontinentalraketen.

Es folgt daraus, dass der zukünftige Dialog mit Moskau, und auch mit der Ukraine, stärker die innen- und folgerichtig auch außenpolitische Schwäche des russischen Systems mitdenken muss. Um einen solchen Dialog erfolgreich führen zu können, muss sich der Westen einer neuen, besseren und konsequenteren Strategie der Balance aus Abschreckung und Kooperationsangeboten verschreiben.

Der Mehrwert kooperativer Sicherheit

Ein Blick in die Geschichtsbücher zeigt, dass die Kombination aus Stärke und Kooperationsangeboten die bessere, weil ausgewogenere, Strategie ist. Man denke nur an die *Harmel-Doktrin* oder den *NATO-Doppelbeschluss*. Auch heute braucht der Westen wieder eine Strategie, die Verteidigung und Verantwortung verbindet. Die momentane Strategie der NATO – also Anhebung der Verteidigungsbudgets, zusätzliche Truppen ins Baltikum, erhöhte Manöveraktivität und eine mögliche Anpassung der nuklearen Teilhabe – ist nicht prinzipiell unlogisch. Sie ist aber unvollständig und damit potentiell gefährlich, da sie möglichen Wettrüsten und gefährlichen Fehlwahrnehmungen Vorschub leistet.

Ein möglicher Weg, um mit Russland ins Gespräch zu kommen wäre die Rüstungskontrolle. Dafür müsste der Westen jedoch auch etwas auf den Tisch legen, was für Moskau interessant ist. Kooperative Sicherheit geht davon aus, dass man zusammen erhöhte Sicherheit herstellen kann. Dafür müssen jedoch beide ein Interesse an einem möglichen Ergebnis haben. Beide müssen zu Kompromissen bereit sein. Leider zeigt sich jedoch, dass gerade Washington und einige östliche Bündnispartner bei Themen, wie der Raketenabwehr oder der konventionellen Rüstungskontrolle immer wieder kompromisslos agieren. Auch Moskau wartet zu oft mit Maximalforderungen auf. Leider wird Rüstungskontrolle heute oft fälschlich als ein ‚gütiges Geschenk‘ des Stärkeren an den Schwächeren missverstanden. Aber Rüstungskontrolle hat nichts mit Stärke oder Schwäche zu tun sondern mit der verantwortungsbewussten Einsicht, dass es im Nuklearzeitalter eines Mindestmaßes an Absprache bedarf.

Der deutsche OSZE-Vorsitz 2016 bietet Berlin nun die Möglichkeit, den schwierig zu beschreitenden Weg zurück zu mehr gemeinsamer Sicherheit vorzubereiten. Drei große kooperative Sicherheitsthemen stehen hier im Vordergrund: (1) welchen Beitrag kann Rüstungskontrolle bei der Befriedung der Ostukraine leisten? (2) Wie kann und sollte Vertrauensbildung zwischen der NATO und Russland zukünftig aussehen? (3) Wie steht es mit der Gültigkeit europäischer Sicherheitsprinzipien?

Die *Minsker Abkommen* zur Befriedung der Ostukraine beinhalten bereits einige rüstungskontrollpolitische Maßnahmen. Es braucht jedoch dringend eine Regelung des unkontrollierten und hybriden Kriegsgeschehens unterhalb der Schwelle zum offenen Kampfaustrag. Neben zonalen Regeln zur Entmilitarisierung bedeutet dies auch *Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen* zur Erhöhung der Transparenz bei militärischen Manövern, Truppenverlegungen und schnell verlegbaren Spezialeinheiten. Es bedeutet die gegenseitige ukrainisch-russische Inspektion von Truppenunterkünften und Waffendepots, gegenseitige Transparenz bei der Verteidigungsplanung, Regeln für den Einsatz

paramilitärischer Einheiten und die rechtliche Begrenzung des Tragens militärischer Ausrüstung durch Zivilisten.

Dass vergleichbare sub-regionale Rüstungskontrollregime möglich sind, zeigt die Erfahrung aus den Balkankriegen. Sie zeigt auch, wie ertragreich gemeinsame amerikanisch-russische Diplomatie sein kann. Die Hoffnungen sollten hier jedoch nicht allzu hoch sein – allein schon deshalb, da Russland diesmal eine direkt beteiligte Kriegspartei in der Ostukraine ist.

Die Vertrauensbildung zwischen der NATO und Russland sollte sich wiederum zunächst vor allem auf die gegenseitige direkte Nachbarschaft konzentrieren. Die damit verbundenen Fragen sind drängend. Wie könnte ein etwaiges Kräftegleichgewicht im Baltikum mit seinen unterschiedlichen geographischen Tiefen gestaltet werden? Wie lässt sich die enorme russische Luftverteidigung in der Kaliningrad-Exklave adressieren? Welche Rolle kann Rüstungskontrolle bei den hybriden russischen Taktiken, die auf die baltischen Zivilgesellschaften abzielen, spielen? Kann und sollte die *NATO-Russland-Grundakte* um ein Dokument mit gegenseitigen Obergrenzen für Truppen und militärisches Gerät ergänzt werden?

Auch hier stehen zähe Verhandlungen an und die Lähmung der amerikanischen Führungsmacht durch den US-Wahlkampf und die tiefen innenpolitischen Gräben in Washington werden den Dialog zusätzlich erschweren. Bereits ein Minimalkonsens bei der Modernisierung des Wiener Dokuments über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen der OSZE wäre ein Fortschritt.

Das große unausgesprochene Problem wartet jedoch im Bereich gemeinsamer Regeln und Prinzipien für Europas Sicherheit. Ein Ergebnis der Bahr'schen Ostpolitik war das Zugeständnis des Westens an Moskau, eine gemeinsame *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* abzuhalten. 1975 verständigte man sich in Helsinki auf zehn Prinzipien des friedlichen Umgangs zwischen und innerhalb der beiden Blöcke. Dieser *Helsinki-Dekalog*, quasi die Gründungsurkunde kooperativer Sicherheit in Europa, wurde in den vergangenen Jahren mehr als einmal verletzt. Zunächst von der NATO im Kosovokrieg, dann von Russland und der NATO gemeinsam wenn es um den Ausstieg aus der Rüstungskontrolle ging, und letztlich, überdeutlich, durch die russische Verletzung des Gebots des Gewaltverzichts sowie die Verletzung der territorialen Integrität und der Souveränität der Ukraine durch Russland. Man muss es in aller Deutlichkeit sagen: Russland hat die Schlussakte von Helsinki mit Füßen getreten.

Wie soll es nun weitergehen? Sollte man vom Ende *Helsinki* ausgehen? Braucht es ein neues zwischenstaatliches Regelwerk, und wie sollte ein solches aussehen? Steht Europa vor einem historischen Rückschritt hin zu einem europäischen Mächtekonkordat, in dem Staaten, wie die Ukraine, nur noch ‚Verhandlungsmasse‘ sind?

Zunächst einmal sollte sich der deutsche OSZE-Vorsitz auf das Machbare konzentrieren. Gleichzeitig braucht es aber auch eine klare Zielvorgabe und dafür wiederum, eine erkennbare Langzeitstrategie, die die verschiedenen Interessen berücksichtigt. Eine Zielvorgabe könnte ein so genanntes *Helsinki 40+*, also ein Gipfeltreffen, vergleichbar dem Jahr 1975, sein. Dafür braucht es jedoch Inhalte und die Aussicht auf einen belastbaren Grad an Interessenskonvergenz. Ein Anknüpfungspunkt könnte der Vorstoß des damaligen russischen Premiers Dimitrij Medwedjew aus dem Jahr 2008 zur Aushandlung eines europäischen Sicherheitsvertrags sein. Auch wenn der damalige Vorstoß schlampig vorbereitet war und inhaltlich primär auf die Verhinderung der weiteren NATO-Osterweiterung zielte, war es doch das vorerst letzte halbwegs konstruktive Gesprächsangebot Moskaus.

Sowohl innerhalb der OSZE, als auch unter den NATO-Partnern sollte dringend eine offene Diskussion, ohne Tabus und unter Beteiligung Moskaus und der Ukraine, über die zukünftigen Grundlagen europäischer Sicherheit stattfinden. Eine solche Diskussion sollte den Helsinki-Acquis keineswegs als obsolet betrachten, sollte sich aber auch neuen Ideen nicht verweigern. Deutschland – tief integriert in der NATO und Russland noch immer historisch verbunden – muss hier als Vermittler eine gewichtige Rolle spielen.

Die ökonomische Dimension

Ein letzter, wichtiger Aspekt kooperativer Sicherheit und Zusammenarbeit, der bereits Egon Bahr besonders am Herzen lag ist die wirtschaftliche Verbesserung der Lebenslage im Osten. Auch heute gilt noch immer (und leider wieder), dass die Unfähigkeit der Herrscher im Kreml und in Kiew, die Voraussetzungen für ein prosperierendes Wirtschaftsleben zu schaffen, zuallererst die eigene Bevölkerung trifft. Auch ohne die Wirtschaftssanktionen des Westens befände sich heute die russische Wirtschaft, die noch immer den internationalen Ölpreis als Haushaltsmaßstab anlegt, im Rückgang. Auch ohne den Krieg in der Ostukraine würden Korruption und Nepotismus in weiten Teilen der ukrainischen Volkswirtschaft herrschen.

Durch den von Moskau geschürten Krieg haben sich diese strukturellen Defizite erheblich verstärkt und die Aussichten auf eine Zusammenarbeit mit, ja, vielleicht sogar eine Aufnahme

in die Europäische Union, sind in weite Ferne gerückt. Gleichwohl sollte genau das das eigentliche Ziel deutscher und europäischer Ostpolitik bleiben. Nur die Verbesserung der menschlichen Situation im Hinblick auf wirtschaftliche Freiheit – und das bedingt nun einmal auch Rechtssicherheit – kann langfristig vor Instabilität und dem Nationalismus des ‚schwachen Mannes‘ schützen.

Eine Politik des rechten Augenmaß‘ muss zunächst kritisch berücksichtigen, dass wirtschaftliche Integration auch eine Kehrseite hat. Gegenseitige Abhängigkeiten können durchaus für übergeordnete Politikinteressen missbraucht werden. Beispiele hierfür sind die russisch-ukrainischen Gasdispute der vergangenen zehn Jahre und die EU-Sanktionen gegen Russland. Aus diesem Fakt nun die Konsequenz zu ziehen, dass Handel nur noch ‚unter Gleichen‘ möglich sei, so wie es die momentane asiatische Hinwendung Russlands zu China impliziert, ist nicht nur realitätsfern – denn auch China verfolgt knallharte Interessen – es stünde auch im Widerspruch zu den eigenen europäischen Wurzeln Russlands.

Wie könnte also eine Wiederbelebung der Handelsbeziehungen zu Russland und des Wiederaufbaus der ukrainischen Nationalökonomie konkret aussehen? Das übergeordnete Problem hierbei ist, dass die EU eine Rücknahme der Sanktionsmechanismen gegen Russland mit der Umsetzung der Minsker Abkommen verknüpft hat. Konkret heißt das, dass nicht nur Russland liefern muss, sondern auch die Ukraine. Somit könnten beide den weiteren Prozess verschleppen – und wenn auch nur, um der jeweils anderen Seite den ‚schwarzen Peter‘ zuzuschieben. Für Deutschland bedeutet dies zunächst, sich in Geduld zu üben. Weder kann Berlin das russische Kalkül, die Ukraine auch wirtschaftlich klein zu halten ändern, noch kann es die weitere ukrainische Politik diktieren. Erst wenn sich auf beiden Seiten die Einsicht durchgesetzt hat, dass der jetzige Zustand zum Nachteil aller ist, kann vorsichtige Besserung eintreten.

Die richtigen Konzepte wurden bereits von der deutschen Regierung angesprochen. Dazu zählt vor allem die Aussicht auf einen gemeinsamen ökonomischen Raum, ausgehandelt zwischen der EU und der von Moskau angeführten *Eurasischen Wirtschaftsunion*. Mit Blick auf die Ukraine wird sich vor allem zeigen müssen, ob es der jetzigen Regierung gelingt, die Zentrifugalkräfte der verschiedenen Partikularinteressen zu bändigen und eine strukturelle Reform des politischen Systems in der Ukraine voranzutreiben.

Schlusswort

„Die amerikanische Strategie des Friedens läßt sich auch durch die Formel definieren, daß die kommunistische Herrschaft nicht beseitigt, sondern verändert werden soll. Die Änderung des Ost/West-Verhältnisses, die die USA versuchen wollen, dient der Überwindung des Status quo, indem der Status quo zunächst nicht verändert werden soll. Das klingt paradox, aber es eröffnet Aussichten, nachdem die bisherige Politik des Drucks und Gegendrucks nur zur Erstarrung des Status quo geführt hat.“ (Egon Bahr am 15. Juli 1963 in der Evangelischen Akademie Tutzing)

In extenso dieser Formel Egon Bahrs gilt es zu konstatieren, dass wir uns heute leider wieder in der Phase der Erstarrung des Status quo befinden. Druck und Gegendruck bestimmen den Umgang mit der weiteren Krise um die Ukraine. Gleichzeitig hat sich die globale Machtverteilung seit dem Ende des Kalten Kriegs rasant verändert. Wo einst das Prinzip der Wahrung des Status quo auch unter friedenspolitischen Aspekten regierte, wird heute außenpolitische Zurückhaltung, oder auch nur ein mögliches regionales Gleichgewicht der Mächte, als Schwäche desavouiert. Die einstige Status-quo-erhaltende Macht USA hat sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts der offensiven Veränderung des Status quo verschrieben, und Barack Obama hat diesen Trend nur scheinbar verzögert. Unterdessen kämpft Putin einen absurd anmutenden Kampf der Rückgewinnung eines vergangenen Status quo. Die destruktiven Kräfte dieser ungleichen Auseinandersetzung spüren zuallererst die Menschen in der Ukraine. Sie spüren sie jeden Tag.

Um mit Egon Bahr zu sprechen: es wäre falsch, auf Wunder zu hoffen – und es wäre auch keine verantwortungsvolle Politik. Stattdessen sollten wir die Lehren der Vergangenheit berücksichtigen und daraus die richtigen Schlüsse ziehen. Wie anfangs erwähnt: die Geschichte reimt sich. Wir mögen noch nicht die konkreten Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft gefunden haben. Das strukturelle Rüstzeug steht uns gleichwohl zur Verfügung. Dazu zählen: die Verteidigung der eigenen Werte, ein realistisch-geleiteter Blick auf die Tatsachen und die Fähigkeit zur kritischen Zusammenarbeit.

Dr. Ulrich Kühn

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)